SV-Reform: SPÖ will Hearing im Bundesrat

2018-11-27 08:53

Die SPÖ hat jetzt formell ein Hearing im Bundesrat über die Regelung gefordert, mit der der Sozialministerin „Vorbereitungshandlungen“ für die Krankenkassenreform noch vor deren Beschluss erlaubt werden sollen. Der Bundesrat müsse dem Nationalrat – der sie schon beschlossen hat – aufzeigen, „wie eine verfassungskonforme Vorgangsweise aussehen könnte“, heißt es in einem Brief an Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska (SPÖ).

Sollte es nicht zum Hearing kommen, wird die SPÖ der Tagesordnung für die Sitzung, in der es um das „Ermächtigungsgesetz“ geht, nicht zustimmen, erklärte der Fraktionschef der SPÖ-Bundesratsfraktion, Reinhard Toth, in seinem Brief an Präsidentin Posch-Gruska.

Tagen könnte der Bundesrat dann trotzdem, die Entscheidung über die Tagesordnung trifft die Präsidentin. Üblicherweise wird die Tagesordnung für Parlamentssitzungen aber immer im Einvernehmen der Fraktionen festgelegt.

Kritik auch von Rechtsexperten

Die SPÖ läuft auf allen Ebenen Sturm gegen die Verordnungsermächtigung – bestätigt durch die Kritik von Rechtsexperten wie Rudolf Müller, Walter Berka, Karl Stöger und Bernd-Christian Funk. Sie alle erachten es für verfassungswidrig, wenn eine Ministerin Vorbereitungen für eine Reform treffen darf, die vom Parlament noch gar nicht beschlossen wurde. Zumindest diese vier Experten sollten auch vom Bundesrat zum Hearing geladen werden, verlangte Toth. Ihm sei es „unverstellbar, diese Vorlage einfach im Bundesrat durchzuwinken“.

Den Beschluss aufhalten kann die SPÖ allerdings nicht. Aber sie hat bereits angekündigt, die Regelung vor den Verfassungsgerichtshof zu bringen, wenn sie in Kraft tritt. Das ist mit einem Drittelantrag im Bundesrat möglich.